

TAGESSPIEGEL BACKGROUND

Smart City & Verwaltung

Ihr politischer Wissensvorsprung zu Smart City & Verwaltung, 05.04.2022

INTERVIEW

„Es sind viele Dünnbrettbohrer und Scharlatane unterwegs“

Bad Hersfeld will beim Thema Smart City Vorreiter sein. Erst gestern nahm die hessische Stadt einen Preis für ein smartes Beleuchtungssystem in den USA entgegen. Bürgermeister Thomas Fehling erklärt im Interview, was hinter dem Projekt steckt, warum er ein Problem mit Beratern hat und wie der Bund seine Förderprogramme ändern sollte.



Der studierte Wirtschaftsinformatiker Thomas Fehling arbeitete in der IT-Branche, bevor er im Jahr 2011 zum Bürgermeister von Bad Hersfeld gewählt wurde – zuerst für die FDP, später parteilos. Ende des Jahres wird er nicht nochmal kandidieren und will wieder in die Privatwirtschaft zurück. (Foto: Magistrat Bad Hersfeld)

Herr Fehling, Sie haben gestern in den USA einen Smart-City-Preis für das Projekt „Light as a service“ entgegengenommen. Worum geht es genau?

Wir haben bereits vor Jahren angefangen, unsere 6000 Straßenleuchten auf LED umzustellen. Die Hälfte haben wir schon geschafft. Zu Beginn hieß das: alte Lampe raus, neue Lampe rein und ein bisschen Steuerungstechnik dazu. Rund um unsere Stiftsruine haben wir dann begonnen, intelligente Leuchten der Firma Schréder zu verbauen. Da sind Kameras, Lautsprecher und WLAN in den Masten mit drinnen und die haben einen Glasfaser-Anschluss. Da hatten wir unsere ersten Lerneffekte beim Thema smarte Beleuchtung.

Welche?

Früher wurden Lampen aufgestellt, die zu bestimmten Uhrzeiten ein- und ausgeschaltet wurden. Das war einfach. Heute ist das anders: Es geht darum, die richtige Helligkeit zu finden, damit etwa Verkehrssicherheit hergestellt ist und trotzdem Energie gespart werden kann. Wir wollen die Kosten und den CO₂-Ausstoß senken. Hinzu kommt auch das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, wenn sie zum Beispiel nachts durch einen Park gehen und es hell haben wollen. Auch das Thema Insektenschutz und Artenvielfalt spielt eine zunehmende Rolle. Genauso wie das Problem der Lichtverschmutzung. Die Anforderungen sind mittlerweile sehr groß. Mit klassischer Technik kann das nicht gelöst werden.

Wie sieht die Lösung aus?

Es gibt Zielkonflikte. Der eine will es heller haben, weil er seine Einfahrt

mitbeleuchtet haben will. Dem anderen ist es in seiner Straße zu hell, weil es in sein Wohnzimmer scheint. An manchen Standorten braucht es eher warmes Licht, an anderen kaltes. Unsere Idee ist deshalb, dass wir jede Leuchte singulär betrachten. Jede Lampe bekommt ihr eigenes Profil.

Was heißt das konkret?

Ich kann Verwaltungsmitarbeitende natürlich nicht dafür einteilen, dass sie Lampe für Lampe einzeln programmieren. Da würden die wahnsinnig werden. Außerdem gibt es vielleicht mal eine Veranstaltung in der Gegend und auf einmal ändern sich die Bedingungen für ein paar Stunden. Es braucht also einen Automatismus, ein lernendes System. Wir wollen daher verschiedene Anforderungsprofile und Erfahrungswerte mit dem Feedback der Bürgerschaft koppeln. Die Leuchten sollen sich selbst konfigurieren. Zum Beispiel indem die Lampen merken, wenn in der Nacht gerade Menschen den Weg entlang gehen und das Licht automatisch heller wird. Umgekehrt ist es bei Regen, da wird das Licht vom Boden reflektiert und man kann es runterfahren.

Wie wollen Sie das umsetzen?

Wir wollen Bewegungs-, Verkehrs- oder Wetterdaten zusammenlaufen lassen, um die Lichtintensität automatisiert je nach Standort, Jahreszeit, Witterung und Uhrzeit zu steuern. Das war die Ausgangssituation. Dann haben wir überlegt, welche Partner wir brauchen, um so eine Lösung umzusetzen. Außerdem wollten wir Tempo aufnehmen. Bisher haben wir in jedem Jahr 200 alte Lampen ausgetauscht. Das bedeutet eine jährliche Ausschreibung und viel

Aufwand. Wie gesagt, die Hälfte der Lampen haben wir noch vor uns. Die wollen wir jetzt auf einmal austauschen und gleichzeitig das lernende System implementieren. Microsoft, die Deutsche Bank und das Urban Software Institut fanden das interessant und wir gingen eine Partnerschaft ein. Die Technische Universität Berlin begleitet das Projekt wissenschaftlich.

Wie funktioniert die Partnerschaft konkret?

Für uns alle war das Neuland, weil wir am Anfang ohne irgendeine Vertragsbasis gearbeitet haben. Das braucht sehr viel Offenheit und Vertrauen. Das Urban Software Institute macht das Gesamtmanagement und stellt Services bereit, Microsoft und die Deutsche Bank gingen in die Vorfinanzierung. Die Datenplattform läuft in einem im Rechenzentrum der Deutschen Bank, die Azure-Cloud von Microsoft bildet die Infrastruktur. Schröder ist als Leuchtenhersteller mit im Boot. Wir als Verwaltung bestimmen die Anforderungen, machen die Qualitätssicherung und gucken, dass mit dem Bauamt alles reibungslos umgesetzt wird. In der Zwischenzeit haben wir das Projekt selbstverständlich auch vertraglich abgesichert. Wir bringen uns mit 220.000 Euro in das Projekt ein. Das gesamte Investitionsvolumen beträgt rund 791.000 Euro.

Wie hoch ist das Einsparungspotenzial?

Am Anfang sind die Kosten zwar hoch, aber über eine Periode von zehn Jahren könnten wir ungefähr 800.000 Euro einsparen und den CO₂-Ausstoß um 160 Tonnen senken. Diese Zahlen beziehen sich allein auf die noch zu tauschenden Leuchten. Aktuell befinden wir uns noch in einer Testphase. Bestätigen sich unsere Berechnungen, werde ich im

Sommer vorschlagen, dass wir unser System dauerhaft umstellen. Ich werde am Ende des Jahres nicht nochmal als Bürgermeister kandidieren, dieses Projekt würde ich aber gerne noch auf die Reise bringen.

Wie weit fortgeschritten ist das Vorhaben?

In überschaubaren Stadtteilen von Bad Hersfeld sind seit Sommer letzten Jahres 160 Stück moderner Leuchten verbaut, die man ansteuern kann. Die Bürger sind aufgerufen, das zu testen. Über eine App können sie Einfluss nehmen auf die Temperatur des Lichts, den Abstrahlwinkel oder die Uhrzeiten. Das werten wir laufend aus. Am Ende der einjährigen Testphase im Sommer dieses Jahres sollen die Teilnehmenden nochmal mitteilen, was hilfreich war und was man nicht braucht. Am Ende werden wir vielleicht vier oder fünf verschiedene Leuchtenprofile entwickelt haben, um den Bedürfnissen der Bürger und den verschiedenen Standortanforderungen flächendeckend gerecht zu werden.

Sie sind bereits seit mehr als zehn Jahren Bürgermeister in Bad Hersfeld. Welche Verwaltung haben Sie eigentlich bei Ihrem Antritt 2011 vorgefunden?

Von digitalen Prozessen war damals noch keine Rede. Wir haben mit elektronischen Urlaubsanträgen angefangen und im Jahr 2012 unser Finanzwesen von der Kameralistik auf Doppik umgestellt – also auf die doppelte Buchhaltung. Das war für mich ein Anlass, dass wir Prozesse grundsätzlich reorganisieren. Als eine der ersten Kommunen in Deutschland haben wir den Rechnungsworkflow digitalisiert und voll auf elektronische Rechnungen gesetzt. Ab etwa 2014 ging es dann los

mit dem Thema Parkleitsysteme und Umweltsensorik.

Bad Hersfeld liegt sehr zentral und wurde nach der Wende zu einem wichtigen Logistikstandort. Welche Rolle spielt das bei der Digitalisierung der Stadt?

Wir haben sehr profitiert. Amazon betreibt hier zwei Logistikzentren. Es herrscht fast Vollbeschäftigung in der Region. Auf der anderen Seite ist die Verkehrsbelastung enorm, im Laufe der Jahre haben sich viele Bürgerinitiativen gegen den Lärm entwickelt. Die Leute hier verdammen die Logistikbranche nicht, wollen aber nicht, dass der Verkehr ungebremst zunimmt. Rund um den Ausbau der Bundesautobahn A4 kam es deshalb zu Diskussionen. Laut den Berechnungen des Bundes sollte die Lärmbelastung im grünen Bereich sein. Die Menschen haben das aber anders empfunden. Wir haben deshalb Lärmsensoren an den Terrassen und Balkonen der Bürger installiert und die gesammelten Daten auf einer Plattform öffentlich zugänglich gemacht. Die Werte waren teils horrend hoch. Mit den Ergebnissen sind wir zur zuständigen Stelle in Wiesbaden gefahren und haben Lärmschutzwände und Flüsterasphalt durchgesetzt.

Was ist die Ableitung daraus?

Für die Leute war der Nutzen der Digitalisierung und der Sensoren sofort erkennbar. Wir haben generell immer schon nahe entlang konkreter Problemstellungen gearbeitet und nicht zuerst einmal einen großen Masterplan oder eine umfassende Strategie entworfen, wie es heute oft üblich ist. Ich habe erst viel später erfahren, dass Smart City der Fachbegriff dafür ist, was wir machen. Wir haben auch versucht, in verschiedensten Bereichen mit etablierten Unternehmen und Start-ups

Piloten zu bauen, wo es noch keine Lösungen gab.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Cleverciti ist so ein Beispiel, die sind mittlerweile weltweit unterwegs. Die ersten Sensoren für ein digitales Parkleitsystem hat das Start-up bei uns installiert. Wir haben sozusagen dabei geholfen, das Produkt marktreif zu machen. Vor ein paar Wochen habe ich gehört, dass es auch dafür einen Fachbegriff gibt: Venture Clienting. Wir haben unbewusst schon vor Jahren gemacht, was heute ein Trend in der Wirtschaft ist.

Sie haben kürzlich bei einer Veranstaltung kritisiert, dass Beteiligung oft mit Strategie verwechselt wird. Was meinen Sie damit?

Wer eine Strategie entwickelt, braucht Leute vom Fach. Bei der Smart City geht es vor allem um Datenmanagement. In einer Stadt gibt es viele einzelne Datenquellen, die man zu einem gemeinsamen Datenpool zusammenführen muss. Solche komplexen Architekturen entwickelt man aus meiner Sicht nicht mit Bürgerbeteiligung. Dafür braucht es Menschen vom Fach. Natürlich muss man die Menschen fragen, welche Themen ihnen wichtig sind. Das machen wir ja auch – etwa bei den smarten Leuchten. Ich halte es aber für falsch, dass für Smart-City-Strategien heutzutage alle zusammengeholt werden und am Ende gibt es einen riesen Klumpatsch mit allen möglichen Themen. Eine gute Smart-City-Strategie ist für mich zunächst eine klare IT-Architektur.

Wie ist der Bereich Digitalisierung in Bad Hersfeld organisiert?

Wir haben keinen eigenen Chief Digital Officer (CDO) wie viele andere Kommunen. Ich bin kein Freund des „Beauftragtenwesens“. Es gibt auch kein eigenständiges Team für die Smart City. Es handelt sich eher um ein virtuelles Team aus Menschen aus verschiedenen Fachämtern. Das sind fünf bis acht Personen von insgesamt 350 Verwaltungsmitarbeitenden. Was es aber braucht, ist ein gutes IT-Team. Sonst kommen alle möglichen Berater und wollen irgendwas verkaufen oder Know-how abziehen. Information und Organisation ist bei uns ein eigener Fachbereich in der Verwaltung.

Kein Freund des Beratungswesens?

In den vergangenen Jahren haben die Beratungsaktivitäten stark zugenommen. Gerade als der Bund damit angefangen hat, große Förderprogramme aufzusetzen. Viele Unternehmen haben da Blut geleckt. Ich werde mit Unterstützungsanfragen zugeschüttet. Ich fühle mich oft lediglich als Versuchskaninchen für Sales-Pitches. Diese Berater geben sich nicht mal die Mühe, vor einem Gespräch zu recherchieren, was schon an Projekten bei uns umgesetzt wurde. Da kommt eine plumpe Powerpoint-Präsentation und eine Anfrage auf LinkedIn – das war's. Manche wollen sich auch einfach nur schlau machen und verkaufen die Infos dann zu horrenden Tagessätzen als Beratungsleistung an andere Städte weiter. Es sind viele Dünnbrettbohrer und Scharlatane unterwegs.

Was kann man dagegen tun?

Es braucht viel mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Sonst werden weiterhin viele Kommunen abgezockt und verschwenden ihre

ohnehin stark begrenzten Ressourcen für nutzlose Beratung.

Sie haben das hunderte Millionen Euro schwere Programm des Bundes angesprochen. Bad Hersfeld hat sich selbst zweimal beworben, erhielt aber keinen Förderbescheid. Welchen Eindruck haben Sie von dem Programm?

Wir haben in beide Bewerbungen ordentlich Geld investiert. Jeweils knapp 30.000 Euro, um den Antrag zu schreiben. Im Nachhinein ärgere ich mich darüber. Eigentlich ist es Wahnsinn, dass so viele Kommunen so viel Energie und Ressourcen für Bewerbungsschreiben verschwenden, wenn am Ende nur ein paar ausgewählt werden können. Das ist eigentlich der falsche Ansatz, mit dem Geld können Kommunen Sinnvolleres machen. Irgendwie gleichen solche Programme einer Beschäftigungstherapie, bei der unglaublich viel Geld verbrannt wird. Der Bund braucht nicht die hundertste Stadt-App fördern, da gibt es schon fertige Produkte. Das bringt den Staat und die Gesellschaft nicht weiter. Das Programm startete im Jahr 2019, konkrete Ergebnisse für die Nachnutzung in anderen Städten fehlen aber bisher. Wir sollten uns manchmal fragen, ob die ganze Fördersystematik in Deutschland wirklich zielführend ist.

Was soll die Politik anders machen?

Es geht mir darum, dass definiert werden muss, was eigentlich das konkrete Projektziel und der gewünschte Erfolg sein sollen. Das Ganze soll klar mess- und überprüfbar sein. Auch auf die Gefahr hin, dass am Ende rauskommt, dass sich eine These nicht bestätigt hat oder ein Fehler gemacht worden ist. Das ist in der Forschung und bei Innovationen doch ganz normal. Die Ziele beim Smart-City-Programm

des Bundes sind nicht klar und es gibt viel zu viele Jubelmeldungen statt echtem gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen. Viele geförderte Projekte werden mit Ende des Fördergeldes wieder gestoppt werden statt sich zu einem vermarktbaren Produkt zu entwickeln.

Die Fragen stellte Matthias Punz.